

Rana Plaza-Gedenken: Modemarken brechen ihre Versprechen erneut!

Am 29. April 2025 erinnert Südwind an das Rana Plaza Unglück und fordert die Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes für Textilarbeiter:innen.

Dhaka, Bangladesch - Am 24. April 2025 jährt sich der tragische Einsturz des Rana Plaza Fabrikgebäudes in Bangladesch zum zwölften Mal. Bei diesem Unglück kamen über 1.138 Menschen, überwiegend Textilarbeiter:innen, ums Leben, und mehr als 2.000 weitere erlitten Verletzungen. Der Vorfall legte die systemischen Missstände in der globalen Bekleidungsindustrie offen und wirft auch heute noch einen Schatten auf die Versprechen der Modemarken, die sich für Verbesserungen eingesetzt hatten. Die Menschenrechtsorganisation Südwind und die Clean Clothes Kampagne betonen, dass trotz dieser Ankündigungen keine nachhaltige Verbesserung in den Arbeitsbedingungen erreicht wurde. Gertrude Klaffenböck von der Clean Clothes Kampagne erinnert daran, dass die Arbeiter:innen trotz einer Evakuierung am Vortag weiterarbeiten mussten, um ihren Lohn nicht zu verlieren und dass Fortschritte in der Branche meist nur durch öffentlichen Druck erzielt wurden.

Um derartige Tragödien in Zukunft zu vermeiden, fordern die Organisationen die zügige Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes. Dieses Gesetz, das am 24. April 2024 im EU-Parlament mit breiter Mehrheit verabschiedet wurde, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um die Verantwortung von Unternehmen für die Menschenrechtslage in ihren Lieferketten zu stärken. **Die EU-Initiative soll Unternehmen**

dazu verpflichten, Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in ihren Lieferketten zu verhindern und gegebenenfalls zu minimieren. Diese gesetzliche Regelung könnte Geschädigten zukünftige rechtliche Möglichkeiten bieten, doch politischer Druck und Abschwächungen könnten die Durchsetzung gefährden.

Verpasste Chancen und weiterhin prekäre Bedingungen

Trotz der existierenden Verpflichtungen und Abkommen, wie dem „Bangladesch Accord“, haben viele Unternehmen, darunter Amazon und IKEA, die Unterzeichnung verweigert. Dies zeigt, dass die Probleme tief verwurzelt sind und nicht als Einzelfälle abgetan werden können. Kalpona Akter, Gründerin des Bangladesh Centre for Worker Solidarity, kritisiert die anhaltende Tolerierung von Ausbeutung und die Mangelhaftigkeit verbindlicher gesetzlicher Regeln. „Opfer und Angehörige des Rana Plaza Unglücks hatten keine Möglichkeit auf Wiedergutmachung“, so Akter.

Das 2023 in Kraft getretene deutsche Lieferkettengesetz hat bereits einen gewissen Einfluss auf die Branche, indem große Unternehmen nun verpflichtet sind, Risiken für Menschenrechtsverstöße in ihren Lieferketten zu ermitteln.

Berichte von sieben Modeunternehmen zeigen, dass die Überprüfung der Risikoanalysen und die Einrichtung von Beschwerdeverfahren für die betroffenen Menschen bereits Wirkung zeigen. Doch es gibt auch signifikante Herausforderungen: Arbeiter:innen haben oft keinen Zugang zu Möglichkeiten, sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen, und Missstände, wie Löhne unter dem Existenzminimum sowie Diskriminierung, bleiben weit verbreitet.

Ein Appell an die Politik

Am Jahrestag des Rana-Plaza-Unglücks unterstreichen Südwind

und die Clean Clothes Kampagne den dringenden Bedarf an verbindlichen gesetzlichen Regelungen. Sie appellieren an das EU-Parlament und die österreichische Bundesregierung, die Richtlinie zur Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes ohne Verzögerungen voranzutreiben. Der Einsatz für gerechte Löhne, sichere Arbeitsbedingungen und Menschenrechte in der Modeproduktion bleibt somit von immenser Bedeutung. Nur durch einen konsequenten rechtlichen Rahmen kann sichergestellt werden, dass die versprochenen Verbesserungen auch tatsächlich Realität werden.

Details	
Ort	Dhaka, Bangladesch
Quellen	• www2.oekonews.at • lieferkettengesetz.de • www.test.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at